

Schw. Tagblatt 22. 05. 07

Verein zur Förderung einer sozialen Psychiatrie:

Abdriften nach Reform

Vortrag zur Teilhabe psychisch Kranker

TÜBINGEN. Die Angebote in der Behindertenhilfe werden sich ausdifferenzieren und sich dem Hilfebedarf des Einzelnen verstärkt anpassen - dies war ein Fazit bei der Mitgliederversammlung des Vereins zur Förderung einer sozialen Psychiatrie (VSP), die mit dem Landesvorsitzenden des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, dem früheren Tübinger Sozialbürgermeister Gerd Weimer, jüngst in Tübingen stattfand. Der VSP ist schwerpunktmäßig in den Landkreisen Tübingen, Reutlingen und Esslingen in der Gemeindepsychiatrie tätig und macht chronisch psychisch kranken Menschen Angebote im Bereich Wohnen, Tagesstruktur, Beratung und Pflege. Im Kreis Tübingen betreibt er stationäres Wohnen in den Wohngemeinschaften Huberstraße und bietet ambulant betreutes Wohnen an.

Bei seiner Mitgliederversammlung, hatte der VSP Mitglieder und Fachöffentlichkeit zu einem Fachteil über die „Zukunft der Eingliederungshilfe“ eingeladen. Der Referent, Friedel Walburg von der Evangelischen Gesellschaft Stuttgart und Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für soziale Psychiatrie, gab einen Überblick über die Geschichte der Eingliederungshilfe in Deutschland und über aktuelle Entwicklungen. Er halte es für sinnvoll, entsprechend der momentanen Zielsetzungen eher von Teilhabe als von Ein-

gliederung zu sprechen. In Baden-Württemberg sei durch die Verwaltungsreform ein Auseinanderdriften der Vergütungen und damit der fachlichen Standards in den Landkreisen zu erkennen. Trotzdem sei - zum Beispiel anhand der jüngst im Kreis Tübingen abgeschlossenen Leistungsvereinbarung zum ambulant betreuten Wohnen - damit zu rechnen, dass sich die Angebote für behinderte Menschen weiter dem individuellen Hilfebedarf des Einzelnen anpassen und die Hilfen in noch steigendem Maße personenzentriert geplant und durchgeführt werden.

Hier sollen in Zukunft nicht nur sozialpädagogische Fachkräfte tätig werden, sondern auch hauswirtschaftliches und weniger qualifiziertes Personal zum Einsatz kommen. Diese zunehmende Personenzentrierung ist für die Betroffenen, so wurde in Kleingruppen herausgearbeitet, sicher wünschenswert, auch wenn es bei vielen noch einen großen Informationsbedarf gibt. Für die Mitarbeiter/innen in den Einrichtungen der verschiedenen Träger, die bei der Veranstaltung gut vertreten waren, bedeutet dies allerdings in hohem Maße eine höhere Belastung durch mehr Dokumentations- und Nachweispflichten bei gleichzeitig steigender Erwartung an die direkte Präsenz bei den betreuten Menschen.